

Schutzmaßnahmen für den Alltag müssen auch in der Schule ankommen

Die Sorgen und Ängste innerhalb der Bevölkerung infolge steigender Neuinfektionen nehmen wieder erkennbar zu. Die Politik reagiere, aber die Maßnahmen trügen nur wenig zur Beruhigung bei, so der Verband Reale Bildung. Er kritisiert, dass die zahlreichen Regelungen teilweise widersprüchlich sind. „Alltagsbeschränkungen enden am Schultor“, moniert VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler mit Blick auf das aktuelle Szenario.

Der VRB fordert allgemeinverbindliche und nachvollziehbare Regelungen auch für den Schulbereich. Eltern und Schüler seien irritiert, wenn Bildungsministerin Dr. Hubig im Gegensatz zu Expertenmeinungen bekunde, dass Schulen keine Treiber innerhalb der Coronapandemie darstellten. „Mit dieser Einschätzung steht die Ministerin im Widerspruch zu den Aussagen des Robert-Koch-Instituts zur Rolle von Bildungseinrichtungen im Infektionsgeschehen“, erklärt VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler.

Das RKI stellt in einem Strategiepapier fest, dass Schulen sehr wohl ein „Brandbeschleuniger“ sein können. Der Stufenplan des RKI empfehle deshalb u.a. eine Verkleinerung der Klassen sowie Schulschließungen mit Distanzunterricht zu prüfen, sofern die Inzidenz auf 35 und mehr Fälle binnen sieben Tagen gestiegen sei – bezogen auf 100.000 Einwohner innerhalb einer kreisfreien Stadt oder innerhalb eines Landkreises. Der VRB fordert, die Empfehlungen der Experten ernst zu nehmen, zumal die Infektionsdynamik erhöhte Wachsamkeit abverlange.

Bislang, so Lichtenthäler, setze die Landesregierung neben dem Einhalten der AHA-Regeln auf das Lüften. Diese Maßnahme sei zwar hilfreich, aber keine ausreichende Strategie gegen das Virus. Der Ministerrat habe jüngst ein Finanzkonzept zur Anschaffung von Luftreinigungsgeräten beschlossen, und einige Landkreise hätten auch bereits CO₂-Ampeln zur Verfügung gestellt. Kaum zu verantworten sei, so der VRB-Chef, dass wohl nur ausgewählte Schulen von dieser Investition profitieren würden.

Der VRB hinterfragt, dass die mit der Farbe orange ausgerufene Warnstufe keine allgemeingültigen Handlungskonsequenzen nach sich zögen. Schüler, Eltern und Lehrkräfte könnten nicht nachvollziehen, dass es im privaten Umfeld Personenbegrenzungen bei Feierlichkeiten gibt, während im Klassenraum teilweise bis zu 30 Schülerinnen und Schülern aus 30 unterschiedlichen Familien in einem Raum sitzen dürften.

VRB-Chef Lichtenthäler fordert einen verbindlichen Gesundheitsschutz für alle öffentlichen Bereiche: „Die Schutzmaßnahmen für den Alltag müssen auch in der Schule ankommen!“

Zum Hintergrund

Reale Bildung ist attraktiv, denn sie öffnet zahlreiche Wege und Alternativen. Die schulische und berufliche Laufbahn ist daher nicht einseitig festgelegt, sondern abhängig von Begabung, Interessen, Leistung und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler. Das Schulsystem in Rheinland-Pfalz muss diese Durchlässigkeit gewährleisten und erhöhen.

Die Erfahrungen mit der neuen Schulstruktur zeigen, dass die Reale Bildung sowohl für die Realschule, für die Realschule plus als auch für die Integrierte Gesamtschule weiter ausgebaut werden muss. Hier setzt der VRB als Interessenverband seinen schul- und verbandspolitischen Schwerpunkt.